

Presseerklärung und Einladung der „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ zur Protestkundgebung am 17. Februar 2016 in Stuttgart

„Aufarbeitung der Berufsverbote – JETZT!“

Für Mittwoch, den 17. Februar 2016, rufen die Initiativgruppe '40 Jahre Radikalenerlass' und die VVN/BdA Baden Württemberg zu einer Kundgebung vor dem Interimssitz des Landtags in Stuttgart auf.

Seit der Verabschiedung des Radikalenerlasses 1972 wurden Linke aus dem Öffentlichen Dienst entfernt, zu Staatsfeinden erklärt, ihrer Existenzgrundlage beraubt und ein Klima der Einschüchterung und des Duckmäsertums erzeugt. Mithilfe der „Regelanfrage“ wurden allein zwischen 1972 und 1980 etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber vom „Verfassungsschutz“ auf ihre politische „Zuverlässigkeit“ durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Erst heute, über 40 Jahre später, wird in einzelnen Bundesländern wie in Bremen und Niedersachsen der Weg zu einer Aufarbeitung des damals begangenen Unrechts frei gemacht.

Obwohl die Berufsverbote-Praxis der BRD bereits 1995 vom Europäischen Gerichtshof in Straßburg als Verstoß gegen die Menschenrechte verurteilt wurde, sind die Betroffenen in Baden-Württemberg immer noch nicht rehabilitiert und – wie der immer noch nicht abgeschlossene Fall der Bespitzelung des Realschullehrers Michael Csaszkóczy zeigt - eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Einschüchterung und Gesinnungsschnüffelei nicht in Sicht.

Baden-Württemberg zählt zu den Bundesländern, in denen der Radikalenerlass besonders rigoros angewendet wurde.

Aus diesem Grund hat sich die Initiativgruppe '40 Jahre Radikalenerlass' **seit 2012** darum bemüht, die (damals neue) Grün-Rote Landesregierung, die Landtagsabgeordneten und insbesondere die Regierungsparteien dazu zu bewegen, sich endlich für das begangene Unrecht zu entschuldigen, die Betroffenen zu rehabilitieren und in besonderen Einzelfällen von Altersarmut eine materielle Entschädigung zu gewähren.

Ein in Baden-Württemberg **im Juni 2015** eingerichteter "Runder Tisch" von Betroffenen, zwei Grünen- und einer SPD-Abgeordneten hat bis Dezember 2015 dreimal getagt. Zwei Tage vor Weihnachten hat Ministerpräsident Kretschmann einigen Betroffenen jedoch in einem Schreiben mitteilen lassen, eine kollektive Rehabilitation komme nicht in Betracht, allenfalls vorab eine "wissenschaftliche Aufarbeitung".

Dieses Verhalten von Regierung und Landtagsparteien ist skandalös!

Wir geben aber nicht auf! DGB, GEW, ver.di und IG Metall unterstützen unsere Forderungen mit aktuellen Beschlüssen. Auch unter einem neu gewählten Landtag werden wir für die Durchsetzung unserer Forderungen kämpfen:

- **Entschuldigung für das begangene Unrecht,**
- **Rehabilitierung und gegebenenfalls**
- **materielle Entschädigung!**

Kundgebungsbeginn: 15:30 Uhr

Ort: Schlossplatz, vor dem Kunstgebäude (provisorischer Sitz des Landtags) in Stuttgart

Verantw. : Klaus Lipps- Pariser Ring 39 - 76532 Baden-Baden – k.lipps@posteo.de